Dresden 1881.

Preis einer täglich bis 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13, Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Wochentage bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: Hauptexpedition Hauptstraße Nr. 5 bis Abends 4 Uhr. — Der Raum einer vierspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge., Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Abonnements-Aufträge werden von den inländischen Postanstalten und Briefträgern entgegen genommen. Pränumerande: Jahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Seiten kosten 10 Pfge. Inserate für die Morgen-Nummer oder nach einem Sonntage die Petitzeile 20 Pfge.

Carl Höpfner,
Landhaus-Strasse Nr. 4 und 5
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Täglich frische Austern. Grösstes Weinlager.

Neuheiten. **Tapeten** Neuheiten.
von den billigsten bis zu den feinsten Gattungen,
Tapeten-Rester und ältere Muster
zu bedeutend herabgesetzten Preisen, empfehlen
Conrad & Consmüller,
Waisenhausstrasse 13 (nächst dem Georgplatz).

Hartmann & Saam
Schloss-Strasse 17.
vis-a-vis dem Königl. Schloss.
Angefangene und **fertige Stickereien** auf Canevas etc., **feinene Decken** und **Deckenstoffe**, sowie künstlerisch ausgeführte, stylgerechte **Vorzeichnungen** auf **Hausleinen** zu Decken, Servietten, Handtüchern etc. für Handarbeit.
Grosse Auswahl. Billigste Preise.

Nachttelegramm. Hamburg. Der Bürgerschaft geht morgen ein Senatsantrag auf Einsetzung einer gemischten Senats- und Bürgerschaftskommission zu, bezüglich vertraulicher Berathungen über die in der Zollanschlußangelegenheit zu treffende Maßregeln.

Nr. 89. | Witterung vom 29. März: Barometer nach Oskar Böhold, Wallstraße 19. (Abd. 6 U.) 704 Mill., seit gestern 7 Mill. gefallen. Thermometerstg. u. Niedrm.: bis 8 U., niedr. Temp. 1° C., höchste Temp. 16° C. Süd-West-Wind. Heiter. | Aussichten für den 30. März: Trübung, Niederschläge, etwas kälter. | **Mittwoch, 30. März.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das zweite Quartal 1881 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Sämmtliche Postanstalten des deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an

In Dresden abonnirt man (incl. Bringerlohn) vierteljährlich mit 2 Mark 50 Pfg., bei den kaiserlichen Postanstalten in Sachsen mit 2 Mark 75 Pfg.

Expedition der Dresdner Nachrichten, Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Den Schnaps nennt ein bekanntes Volkslied ein „edles Getränke". Seit Montag ist das deutsche Volk vom Fürsten Bismarck belehrt worden, daß der Schnaps das Getränk des armen Mannes sei, das man nicht vertheuern dürfe. Diese Berichtigung des Volksliedes wird allerdings nicht allenthalben Glauben finden. Am allerwenigsten darf man den Gegensatz so konstruiren und als eine allgemeine Thatsache hinstellen: Branntwein ist das Getränk des armen Mannes, Bier das der wohlhabenden Klassen. Branntweingenuß ist von keiner Gesellschaftsklasse ganz zu entbehren. Wer sich bei Arbeit oder Beschäftigung im Freien gegen Witterungseinflüsse schützen muß, greift zum Alkohol, vom Kavalier angefangen, der bei winterlicher Jagd eine Cognacflasche entkorkt, bis zum Maurer oder Erdarbeiter, der einen tüchtigen Schluck Pommeranze hinter die Binde gießt. Umgekehrt trinkt das ländliche Gesinde bei der Ernte, die städtische Tagelöhnerfamilie beim Mittag- und Abendbrod ebenso ihr mehr oder weniger gehaltreiches Bier, wie auch Fürst Bismarck bei seinen Soiréen ein Fäßchen echtes Bayrisch für seine Gäste anzapft. Höchstens kann man eine Verschiedenheit des Getränkegenusses je nach der geographischen resp. klimatischen Lage in Deutschland aufstellen. In Süddeutschland und am Rheine genießen auch die Aermsten, die Dienstboten in der Stadt wie das ländliche Gesinde ihren Trauben- oder Obstwein; in einem Theile Süddeutschlands, namentlich in Würtemberg, trinkt das gewöhnliche Volk neben dem sauern Wein ein sehr gutes Bier; was der Bayer trinkt, ist weltbekannt, in Mittel- und im nordöstlichen Deutschland trinken die arbeitenden Klassen ebenso viel Bier wie Branntwein, daneben spielt in Mitteldeutschland der Kaffee, an der Nordsee der Thee eine sehr bedeutsame Rolle; nur in den Ostprovinzen Preußens herrscht der Alkohol als Hauptgetränk des armen Mannes, aber nicht blos infolge des rauheren Klimas, sondern zum guten Theil infolge Mangels leistungsfähiger Brauereien. Dieser nur flüchtige Ueberblick läßt erkennen, ob viel Wahres an jener Charakterisirung des Schnapses durch Fürst Bismarck ist. Wohl aber ist es eine berechtigte Forderung, daß, wenn man die Biersteuer erhöht, man dies nur gleichzeitig mit der Erhöhung der Branntweinsteuer thun darf. Nicht das Eine ohne das Andere. Dieselben Gründe, welche die Landwirthe gegen die Branntweinsteuererhöhung ins Gefecht führen, gelten genau so vom Biere. Jede Steuererhöhung dieser Betriebe bringt eine beträchtliche Anzahl kleinerer und selbst mittlerer Brauereien und Brennereien zum Erliegen. Die Landwirthschaft empfindet diesen Rückgang des Brennereibetriebes als schweren Schaden, das Gleiche ist für den städtischen Gewerbebetrieb und Grundbesitz beim Bierbrauen zu sagen; auch giebt es noch genug Brauereien auf dem platten Lande, denen die Braumalzsteuererhöhung ebenfalls den Garaus machen würde. Vom Standpunkte der Moral, auf den doch die Gesetzgebung sehr hohen Werth legen sollte, verdient aber der Brauereibetrieb weit mehr Schonung und Förderung als das Schnapserzeugen. Das bedarf keiner weiteren Darlegung: billiges Bier, billiger Kaffee und Thee sind weit wirksamere Mittel gegen den Alkoholteufel und die Trunksucht als die besten Moralpredigten.

Warum uns aber bei diesem Punkte noch aufhalten? Der Reichstag wird nicht in die Erhöhung der Biersteuer ohne die der Spiritussteuer willigen; er wird ferner unbedingt die Wehrsteuer ablehnen, endlich aus der Stempelsteuer die Besteuerung der Quittungen beseitigen, so daß Fürst Bismarck, der mit einem ganzen Steuerbouquet in der Hand vor den Reichstag trat, nach dessen Zerzupfung froh sein mag, als einzige Blume im Knopfloche die Börsensteuer mit hinaus zu tragen. Die Sätze der Börsensteuer sollen, nach Anträgen der Konservativen noch erhöht werden. Das schadet gar Nichts. In der Gewißheit dieses Ergebnisses hielt sich auch die Rede des Fürsten Bismarck in sehr ruhigen Ausdrücken. Der Parlamentsbericht weiß Nichts von lebhaften Scenen zu erzählen. Wohl aber lüftete der Kanzler einige Zipfel seines ganzen Steuerprogramms. Er schwärmt für indirekte Steuern. So viele Wunderdinge verheißt er von der (man weiß nur nicht wie großen? aber doch höchst, höchst ansehnlichen) Erhöhung der indirekten Abgaben, daß er hieraus nicht blos den wesentlichsten Theil des Staatsbedarfs decken, sondern sogar den Gemeinden einen guten Theil der Schulpflege, der Armenlast und der Polizeiverwaltung abnehmen will. Diese Zukunftsmusik ist, nach des Kanzlers eigenen Worten, wesentlich auf die nächsten Wahlen berechnet. Wir glauben, Fürst Bismarck irrt sich, wenn er meint, die große Masse der Wähler würde sich gleich ihm für eine unbegrenzte Erhöhung der Verzehrungssteuern begeistern mit der Anweisung auf die Zukunft, später in anderer Weise erleichtert zu werden. Die höheren Steuern muß man zunächst zahlen; die Entlastungen sollen erst später kommen und sie müssen hinter den neuen Belastungen zurückbleiben.

Bismarck tadelt an der Einkommensteuer, daß sie ohne eine Kapital- oder Vermögenssteuer ungerecht wirkt. Den Familienstand, die Gesundheit, die örtlichen Verhältnisse und andere Umstände des einzelnen Steuerpflichtigen lasse die Einkommensteuer unberücksichtigt und sie rufe dadurch unter Personen von an sich gleichem Einkommen die größten Unterschiede der thatsächlichen Vermögenslage hervor. Das ist Alles wahr und eben so, daß der Einzelne oft sein Einkommen nicht immer genau anzugeben vermag. Aber nicht minder unwiderleglich ist der Satz: noch viel weniger gestatten die indirekten Abgaben eine Anpassung an die individuelle Steuerkraft — Brod, Salz und Fleisch muß der Mensch in gewissen Quantitäten genießen — das Schwergewicht der indirekten Abgaben fällt auf die Unbemittelten am härtesten; ihre Erhebungskosten sind beträchtlich höher als bei der direkten Steuer und was Bismarck den Armen als Erlaß der direkten Steuern in Aussicht stellt, ist unbedeutend gegen Das, was sie künftig Tag für Tag für Fristung des Lebens zu zahlen haben. Die Perspektive: das Reich spendet aus dem Füllhorn der indirekten Steuern reiche Gaben an die Einzelstaaten und an die Kommunen, letztere werden die Schul-, Armen-, Polizei- und Standesamtslasten los und brauchen fortan die Bürger weder exekutiren noch pfänden zu lassen, die Millionen sind dann da — soweit sie nicht unterwegs im Kriegsministerium verschwinden — diese Fatamorgana lockt nicht so sehr, um vorzugsweise die Taschen in Anspruch zu nehmen, worin sich die Groschen knappen Verdienstes vorübergehend aufhalten. Denn täusche man sich nicht: mit Bier-, Wehr- und Quittungssteuer sind noch nicht die letzten Steuerworte Bismarck's gesprochen. Der Reichstag hätte ihn fragen sollen, wie lange der Tabak noch „bluten" soll. Und er trägt noch andere Geschosse in seinem Köcher.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß unter dem Eindrucke der letzten Katastrophe der Entschluß des Zaren Alexander III. vollends ausgereift ist, das traditionelle Verhältniß zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin aufrecht zu erhalten. Entscheidend war das Verlangen nach einem gemeinsamen Vorgehen gegen die europäische Revolutionspartei. Warum aber wendet man sich blos gegen die Schweiz? Die Nihilisten in England sind nicht geringere Verbrecher. Wie bei den Attentaten Hödel's und Nobiling's wußten die Clubs der Anarchisten in London auch vor dem Zarenattentate, daß am 13. März von Petersburg besondere Nachrichten zu erwarten seien. Man sandte Boten in die Nähe des Palais des mit einer Tochter des ermordeten Zaren vermählten Herzogs von Edinburg, um zu sehen, was dort für eine Bewegung die „neue Nachricht" hervorbringen würde. Als dann gegen Abend die Kunde von dem furchtbaren Ereignisse eintraf, fand sie die französischen Kommunisten, die russischen Nihilisten und die deutschen Sozialisten in ihren Lokalen versammelt und wurde mit stürmischem Jubel begrüßt. Unter Vorsitz des „Bürgers" Most constituirte sich sofort im Saale des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins, 6 Rose-Street, Soho-Square, ein Festausschuß und feierte das „frohe Ereigniß" in diesem Lokale bei einem Festbankett, welches bis in die frühen Morgenstunden währte! „Festnummern" mit rothem Rande wurden gedruckt und „Bürger" Most beschrieb die letzten Augenblicke des milden Alexander II. in so cynischen Ausdrücken, daß er ihn nicht einmal „sterben" ließ, sondern eine viehische Bezeichnung für den letzten Seufzer eines Menschen wählte. Der Abscheu gegen das Treiben dieser theils ganz bodenlosen, ganz verlotterten, theils verführten Gesellen ist bei den Engländern so stark, daß gewiß auch sie diesen Buben kein Asyl mehr mehr bieten werden.

Es war keine bloße Luxus- oder Eitelkeitssache, als die Rumänen ihren Fürsten zum Könige ausriefen. Rumänien wird als Königreich unabhängiger sein, denn als Fürstenthum. Der Königstitel allein schon hat für die Völker des Orients eine imponirende Gewalt. Die Erhebung des Donaustaates zum Königreiche war zwar längst geplant, würde aber ohne den Petersburger Regierungswechsel kaum vor einigen Monaten eingetreten sein. Die Rumänen beeilten sich aber jetzt eine vollendete Thatsache zu schaffen, ehe der neue Zar auch nur provisorisch über seine künftige Orientpolitik in's Reine kam.

Jedes neue Anerbieten des Sultans fällt günstiger für die Griechen aus, als das frühere. Statt es aber anzunehmen, beantworten die Griechen diese Nachgiebigkeit mit einer neuen kriegerischen Demonstration. Wollen die Großmäuler in Athen unbedingt alle Sympathien Europas verscherzen? Zugegriffen, ihr Griechen!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 29. März.

Berlin. Reichstag. Die Berathung über das Steuerbouquet wird fortgesetzt. Frhr. v. Lerchenfeld (Reichspartei) begrüßt die auf Erleichterung der Gemeinden gerichtete Tendenz der Denkschrift, wenn er auch nicht die Competenz den Gemeinden entzogen wissen will, was naturgemäß in den Rahmen der Gemeindeverwaltung gehört. Die Deficits in den Einzelstaaten forderten die Finanzreform; die Einzelstaaten sind lediglich auf die directen Steuern angewiesen, die angesichts der hohen Kommunal-Anlagen eine Erhöhung nicht vertragen. Er spricht für eine Erhöhung der Brausteuer nur in Verbindung mit einer Erhöhung der Branntweinsteuer. Bei den Worten Bismarck's über die Vorzüge des Schnapses vor dem bayerischen Biere habe sein Herz geblutet, ihm sei ein Arbeiter, der keinen Schnaps trinke, nun schon lieber. Seine Partei werde für eine Börsensteuer stimmen. Er halte die Börse keineswegs für ein unmoralisches Institut, aber angesichts der auf Veränderung des immobilen Besitzes haftenden Abgaben sei eine Besteuerung der großen Veränderungen des mobilen Besitzes, der sich an der Börse vollziehe, nur ein Erforderniß der ausgleichenden Gerechtigkeit. Also nicht in einem gehässigen Sinne spreche er für eine Börsensteuer. Quittungsstempelsteuern würden bei uns drückend sein; er halte es nicht für an der Zeit, die letzte Sehne anzuspannen, den letzten Tropfen abzudrücken. Was die Lotteriesteuer anlange, so halte er Staatslotterien für unmoralisch. Er sei gegen das Tabaksmonopol, halte aber eine Erhöhung der Tabaksteuer für angezeigt. Abg. Witte-Mecklenburg (Secessionist) beklagt sich, daß der Reichskanzler die Steuervorlagen ohne Berücksichtigung der Wünsche des Hauses wieder eingebracht habe. Seine Partei ist gegen die vorgeschlagenen Steuern, mit alleiniger Ausnahme einer Börsensteuer. Er wundert sich, daß Bismarck ein Gesetz gegen die Trunksucht vorlegt und sich gleichzeitig gegen eine Erhöhung der Branntweinsteuer sträubt und den Branntweingenuß durch Vertheuerung des Bieres fördere. v. Below spricht namens der Konservativen für die Brausteuer. Ist denn das Bier wirklich von so hoher Kulturbedeutung? Er eifert gewaltig gegen den Biergenuß als entsittlichend. Der Kultusminister müsse Verordnungen gegen den übermäßigen Biergenuß in den Schülerverbindungen erlassen. Bier sei durchaus kein flüssiges Brod; um den Nahrungswerth von 4 Loth Brod zu ersetzen, seien ungefähr 200 Pfund Bier nothwendig. Der Redner weist ferner noch auf die Schädlichkeit der vielen Biersurrogate hin und preist den Genuß des Schnapses. Dr. med. Mendel verbreitet sich vom wissenschaftlichen Standpunkte aus über die Schädlichkeit des Branntweingenusses; derselbe sei unter keinerlei Umständen empfehlenswerth. Was sei denn mäßiger Branntweingenuß? Auch der Gewohnheitstrinker bilde sich nicht ein, daß er das Maß überschreite. Staatssekr. Scholz: Der Reichskanzler wolle ja auch den Branntwein heranziehen; die diesbez. Vorlage habe bisher nur noch nicht fertiggestellt werden können. Sonnemann: Eine gerechte Heranziehung des mobilen Vermögens sei nur durch direkte Steuern möglich. Durch eine Uebertragung von Reichsmitteln auf die Gemeinden werde nur ein großer Wirrwarr in der Steuergesetzgebung geschaffen. Die Durchführung einer Arbeiter-Unfall- und Invalidenversicherung würde 500—600 Millionen erfordern und sei also für jetzt unmöglich. Wer Bismarck einen solchen Rath ertheilt habe, sei gewissenlos gewesen. Er protestirt gegen die Aufforderung Bismarck's, bei ihm Anträge auf Zollerhöhungen anzubringen. Er spricht gegen die Börsensteuer, die nur die guten Papiere von dem deutschen Markt entfernen würde, auf die schlechten aber gar keinen Einfluß haben würde. Die einzig richtige Steuerreform heiße Sparen, Sparen besonders am Militäretat. v. Wedell-Malchow: Eine hohe Spiritussteuer würde unsere Exportinteressen beeinträchtigen. Die Mehrzahl seiner politischen Freunde stimme gegen die Quittungssteuer, weil dieselbe besonders den kleinen Verkehr treffen würde, zu komplizirt sei und selbst einen vexatorischen Charakter annehmen könne. Zu der Besteuerung des Lombard habe seine Partei noch nicht Stellung genommen. Bundesbevollmächtigter Girth vertheidigt die Quittungssteuer. Die Debatte wird geschlossen. Zum Wort gemeldet ist noch Bebel. Bemerkenswerth ist, daß kein Redner vom Centrum das Wort nimmt. Die Ueberweisung der Brausteuervorlage an eine Kommission, wofür nur die Konservativen stimmen, wird abgelehnt, was einer Ablehnung überhaupt gleichkommt. Die Stempelsteuervorlage an eine 21gliedrige Kommission. Folgt gesonderte Berathung der Wehrsteuer. Reichensperger-Olpe und v. Puttkamer-Lübben halten zwar einen wirthschaftlichen Ausgleich zwischen Denen, die dienen müssen, und Denen, die militärfrei bleiben, für sehr wünschenswerth, haben aber gegen die vorliegende Vorlage schwere Bedenken. Der preußische Kriegs-Minister von Kameke für die Steuer. Er bestreitet, daß durch die Vorlage die Möglichkeit des Loskaufs inaugurirt werde. v. Treitschke spricht sehr scharf gegen die Wehrsteuer, diese Geldstrafe für preußische junge Leute. Der derselben zu Grunde liegende Gedanke sei unpreußisch und gegen das deutsche Rechtsbewußtsein. Absicht der Vorlage sei nur, zu zeigen, wie weit man gehe, um nur nicht zum Monopol greifen zu müssen. Diese Insinuation bestreitet Staatssecretär Scholz Namens der verbündeten Regierungen sehr entschieden und bedauert, daß v. Treitschke die Ersatzbehörden verdächtigte, dieselben könnten sich von der Steuerfähigkeit eines Dienstpflichtigen beeinflussen lassen. Stellter macht gegen die auf die Einkommensteuer basirte Vorlage geltend, daß es nicht in allen deutschen Staaten Einkommensteuer gebe. Dr. Boretius spricht Namens der Nationalliberalen sehr entschieden gegen die Vorlage und knüpft daran einen Schwanengesang seiner Partei. Bei den Wahlen würden Fortschrittspartei und Agrarier ihren Schnitt machen. Löwe-Berlin gegen die Vorlage, für die selbst Treitschke, der doch mit der Regierung über das Maß seiner persönlichen Ueberzeugung gehe, nicht einzutreten vermocht habe. v. Treitschke erklärt, er werde hierfür von Löwe Genugthuung fordern. Löwe verweist auf den stenographischen Bericht, verweigert eine anderweitige Erklärung und ist bereit, sich Treitschke zu stellen. Noch lange nach der Sitzung war Treitschke mit seinen Freunden anwesend, um den Wortlaut der Löwe'schen Aeußerung, die Treitschke, welcher bekanntlich taub ist, nicht selbst gehört haben konnte, aus den stenographischen Aufzeichnungen festzustellen. Nächste Sitzung: morgen.

⊛ Berlin. Die Reichstagskommission für die Verfassungsänderung nahm einen Antrag des Abg. v. Bennigsen an, wonach der Reichstag alljährlich im Oktober einzuberufen ist. Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden wurden abgelehnt. — Graf Stollberg-Wernigerode und Windthorst haben Anträge auf Maßregeln zur Beseitigung der für die öffentliche Sicherheit aus der mißbräuchlichen Verwendung von Sprengstoffen erwachsenden Gefahren eingebracht. Die Anträge betreffs der Sprengstoffe wurden in freier Besprechung von den Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen, ausgenommen die Sozialisten, gebilligt. Stollberg beantragte eventuell eine internationale Vereinbarung. Auch die Beschränkung des Asylrechts wurde diskutirt; die Einladung zur Besprechung ging von Stollberg aus und trug unter anderen die Unterschriften des Grafen Bismarck und Schwarze.

Paris. Louise Michel sagte sich von Rochefort, weil dieser am 18. März seinem Sozialistenbankett präsidirte, los.

Athen. Der britische Gesandte gab im Auftrage seiner Regierung die Erklärung ab, England werde in der griechischen Frage sich von den andern Mächten nicht trennen. Die von Trikupis in der Kammer gethane Aeußerung, Griechenland sei im Kriegsfalle der Unterstützung Englands sicher, ist demnach hinfällig.

Berliner Börse. Die heutige Börse zeigte sich wieder fester. Coursbesserungen waren ziemlich allgemein, der Verkehr gewann eine größere Ausdehnung. Die Besserung beruht offenbar auf der nicht unfreundlichen politischen Augenblickssituation. Uebrigens lagen auch von auswärts feste Notirungen vor. Der Schluß war etwas ruhiger. Credit, sehr belebt, ¼, Franzosen ¾, Lombarden 1 Mark besser. Deutsche Bahnen schwach und angeboten; österreichische, namentlich Galizier, fester. Prioritäten sehr fest. In fremden Fonds fand lebhafter Verkehr statt, besonders stellten sich österreichische, ungarische und rumänische Renten höher. Banken wenig belebt, aber fest. Die leitenden Montanwerthe (Laura + 1½, Dortmunder + 1¼ Proc.) waren besonders anfangs steigend. Von Industrien waren höher Frister, Rähladen, Soldrig, Schönherr und Körner. Zimmermann mußten 1¼ Proc. abgeben.

Lokales und Sächsisches.

— Leider Gottes ist der Krankheitszustand des Prinzen Albert, K. H., noch recht betrübend. In letzter Zeit haben sich die Schleimhautblutungen sogar häufiger wiederholt als früher, auch fehlt noch immer der Appetit; der Schlaf ist oft unruhig und die Kräfte liegen sehr darnieder.

— Durch Uebernahme der Führung des Schützenregimentes Seiten des bisherigen Flügeladjutanten Sr. Maj. des Königs, Oberstleutnant v. Minkwitz, macht sich die Neubesetzung einer Adjutantenstelle bei Sr. Majestät nothwendig. In unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß der Brigadegeneral Generalmajor v. Einsiedel die Stelle des zweiten Generaladjutanten einnehmen und an dessen Stelle der Chef des Generalstabes, Oberst v. Holleben-Normann, einrücken werde, während der Oberst v. Reyher des 103. Regimentes als Chef des Generalstabes des Königl. Sächs. (12.) Armeecorps in Aussicht genommen sein soll.

— Die bei der hiesigen Kaiserlichen Oberpostdirektion frei gewordene Stelle eines Postrats ist durch den Geh. expedirenden Sekretär und Kalkulator Weblack aus Berlin besetzt worden. Die sächsischen Postbeamten machen bezüglich ihres Avancements gerade keine freundlichen Erfahrungen.

— Die nach Berlin entsendete Deputation der Weber aus Meerane, welche im Namen der Weberbevölkerung Sachsens um Herabsetzung der Garnzölle bitten wollte, ist vom Fürsten Bismarck nicht empfangen worden, da dieser überhaupt nicht

SLUB
Wir führen Wissen.